

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 29.04.2025)

Titel: Gleichstellung

Antragstext

1 Gleichstellung

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema.
- 4 • Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt.
- 5 • Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen.
- 6 • vielfältiges, queeres Leben in Münster.
- 7 • mehr Frauen in Führungspositionen, mehr Chancen auf Führung in Teilzeit
- 8 • Gender Budgeting im städtischen Haushalt.

9 Gleichstellung ist das Fundament einer lebendigen Demokratie und sozialer
10 Gerechtigkeit. Wir GRÜNE stehen für eine feministische Politik, die
11 Geschlechtergerechtigkeit zum Ziel hat.

12 Dabei erkennen wir an, dass Menschen mit verschiedenen sexuellen Identitäten und
13 Orientierungen unterschiedlich von patriarchalen Strukturen betroffen sind. Auch
14 eine internationale Geschichte, die soziale Herkunft sowie Alter, Behinderung,
15 Religion oder die zugeschriebene Hautfarbe beeinflussen, wie Diskriminierung
16 erlebt wird. Das ist gemeint, wenn wir von Intersektionalität sprechen:
17 Diskriminierungen wirken nicht getrennt voneinander, sondern greifen ineinander.
18 Eine weiße Frau erfährt Sexismus anders als eine Person of Color, eine queere
19 Person ohne Behinderung anders als eine mit Behinderung. Intersektionale
20 feministische Politik ist in der Lage, die vielfältigen Diskriminierungs- und
21 Gewalterfahrungen zu adressieren. Wir wollen Strukturen schaffen, in denen sich

alle Menschen entfalten sowie frei, sicher und selbstbestimmt leben können. Gleichstellungspolitik ist mehr als „nur“ die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Geschlechtergerechtigkeit muss als Querschnittsthema in allen kommunalen Arbeitsfeldern und Politikbereichen verankert sein: Von gendersensibler Stadtplanung bis hin zu Arbeitsmarktpolitik und Gesundheitsversorgung, die Barrieren abbaut und Zugänge schafft. Der Schutz vor Angriffen und Gewalt hat dabei oberste Priorität.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir stärken mit der kommunalen Umsetzung der Istanbul-Konvention die Strukturen für Prävention und Schutz gegen Gewalt. Frauenberatungsstellen und Täterarbeit haben wir durch mehr Personalmittel besser ausgestattet. Wir haben erreicht, dass die Rote Bank als Mahnmal gegen Gewalt an Frauen in der Altstadt aufgestellt wurde.
- Wir haben den „Aktionsplan LSBTIQ*“ unter Beteiligung vieler Akteur*innen erstellt. Wir schaffen Sichtbarkeit für queeres Leben in der Öffentlichkeit und fördern Projekte und Träger. Wir haben das Forschungsprojekt zu „Vergessenen Verfolgten“ des Nationalsozialismus in Münster ermöglicht. Im Rahmen von FrauenOrteNRW haben wir einen Gedenkort für Anastasius Rosenstengel ermöglicht und erinnern damit an eine queere Person aus dem 17. Jahrhundert.
- Wir haben erreicht, dass es an Schulen kostenlos Binden und Tampons gibt. Damit holen wir das Thema Menstruation aus der Tabuzone und ermöglichen einen unkomplizierten Zugang zu entsprechenden Produkten.
- Wir haben für die schwierige Versorgungslage bei Schwangerschaftsabbrüchen sensibilisiert und eine Informations- und Koordinierungsstelle zur Verbesserung der Lage geschaffen.

Nein zu Gewalt – für Prävention, Beratung und Schutz

Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie Gewalt gegen lesbische, schwule, trans, inter und nicht-binäre Personen nimmt zu. Wir werden die kommunale Umsetzung der Istanbul-Konvention weiter vorantreiben und verstetigen. Das bedeutet, dass wir die Angebote für Prävention, Beratung und Schutz erhalten, stärken und zielgerichtet ausbauen. Die wichtige Netzwerkarbeit aller Akteur*innen werden wir aktiv begleiten und unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es in

diesem Prozess auch einen Betroffenenbeirat gibt, damit die Stimmen gewaltbetroffener Frauen gehört werden.

Der Bedarf an Plätzen in den Frauenhäusern ist weitaus größer als das bestehende Angebot. Das Gewalthilfegesetz formuliert einen klaren Auftrag an Bund und Land, endlich für ausreichende Schutzangebote zu sorgen. Wir werden uns im Austausch mit anderen Städten dafür einsetzen, dass die Einzelfallfinanzierung der Frauenhausplätze durch eine pauschale Finanzierung ersetzt wird. Nur so ermöglichen wir allen schutzsuchenden Frauen und ihren Kindern unabhängig von ihrer finanziellen oder aufenthaltsrechtlichen Lage einen Platz im Frauenhaus. Auch von Gewalt betroffene trans und inter Personen müssen entsprechend geschützte Räume vorfinden.

Digitale Gewalt gegen nimmt stetig zu. Auch Jugendliche sind online massiv von sexueller Belästigung, Nötigung, Beleidigung und Drohungen betroffen. Über das Smartphone und soziale Netzwerke überschreiten solche Angriffe auch die Grenzen geschützter Räume wie Frauenhäuser und Hilfegruppen. Wir werden den Ausbau von Beratungskompetenzen und -angeboten in diesem Feld fördern.

In Einrichtungen für Geflüchtete müssen Frauen und Mädchen ebenso wie queere Menschen vor Gewalt geschützt sein. Wohnungslose Frauen sind (nicht nur) auf der Straße bedroht. Wir werden mit dem Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul Konvention Maßnahmen zum Schutz dieser Zielgruppen einfordern und beschließen.

In familiengerichtlichen Verfahren geschieht es immer wieder, dass Mütter sich nicht ausreichend vor der fortgesetzten Gewalt des Partners geschützt fühlen. Frauen mit Migrationsgeschichte, ohne ausreichende Sprachkenntnisse oder mit unsicherem Aufenthaltsstatus erleben dies in besonderer Weise. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die beteiligten Akteur*innen sich intensiver als bisher mit institutioneller Gewalt auseinandersetzen.

Wir engagieren uns gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel und stärken Initiativen, die Betroffene unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Arbeitsverhältnis beraten und unterstützen.

Gendersensible Stadt- und Verkehrsplanung

Städtische Räume sind nicht neutral. Gendersensible Stadtplanung berücksichtigt unterschiedliche Lebensrealitäten. Wir fordern mehr Genderkompetenz in der Planungsverwaltung, bei Stellenbesetzungen und Fortbildungen.

Menschen, die Kinder betreuen oder Angehörige pflegen, brauchen eine Stadt der

kurzen Wege, wohnortnahe Versorgung und einen guten Nahverkehr. Für sichere Mobilität sorgen breite, gut beleuchtete Rad- und Gehwege sowie längere Grünphasen. Angst-Räume müssen umgestaltet und Freizeitflächen für alle nutzbar sein.

Öffentliche Toiletten müssen den Bedürfnissen schwangerer, menstruierender und älterer Menschen gerecht werden. Queere Menschen müssen die Möglichkeit haben, Unisextoiletten zu nutzen. Wir begleiten die Umsetzung des Toilettenkonzepts gendersensibel.

Queeres Leben in Münster

Queere Personen brauchen sichere Treffpunkte, die bekannt sind. Daher werden wir den Queer-Guide Münster ausbauen, verbessern und die Beratungsangebote für LSBTIQ* weiter fördern. Vorurteilen und Diskriminierung gegen Frauen und marginalisierte Gruppen, wie LSBTIQ*, People of Color oder Menschen mit Behinderung muss bereits in der Kita aktiv begegnet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Schulen in Münster zu „Schulen der Vielfalt“ werden (Akzeptanz geschlechtlicher, sexueller Vielfalt) und konsensuelle Kommunikation gelehrt wird (nur ja heißt ja).

Gendersensible Gesundheitsversorgung

Die medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen ist in Münster unzureichend. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass ungewollt Schwangere Wahlfreiheit bei Praxis und Abbruchmethode haben. Mit der neuen Koordinierungs- und Vernetzungsstelle werden wir niedergelassene Ärzt*innen informieren, vernetzen und entlasten und uns für eine Enttabuisierung des Themas einsetzen. Wir forcieren, dass das Verbot der Gehsteigbelästigung konsequent durchgesetzt wird.

Wir sichern die Beratungsangebote im Bereich der Pränataldiagnostik, Sexualpädagogik, Verhütung und Sexualberatung.

Frauen und Mädchen mit körperlichen, geistigen, psychischen Besonderheiten erleben zahlreiche Barrieren in Praxen und Krankenhäusern, vor allem bei der gynäkologischen Versorgung. Wir unterstützen Initiativen zum Abbau dieser Hürden.

Wir setzen uns für die Unterstützung von Sexarbeiter*innen ein und sichern die aufsuchende Sozialarbeit, ihre gesundheitliche Versorgung und insbesondere eine niedrigschwellige gynäkologische Versorgung.

Gutes Beispiel: Arbeitgeberin Stadt Münster

Die Stadt muss als öffentliche Arbeitgeberin Vorbild sein. Quoten, angepasste Beurteilungsverfahren sowie Modelle für geteilte Führung sollen strukturelle Benachteiligungen abbauen und echte Chancengleichheit schaffen. Familie und Beruf müssen für alle vereinbar sein – unabhängig von Geschlecht oder Familienmodell. Wir unterstützen flexible Arbeitszeitmodelle und Homeoffice, ohne Nachteile bei Beförderungen.

Wir begrüßen, dass die Verwaltung mit dem Projekt „Grenzachtender Umgang“ für Machtmissbrauch sensibilisiert und klare Beschwerdeverfahren bei sexuellen Übergriffen etabliert. Auch die verpflichtenden Führungskräftebildungen begrüßen wir und plädieren dafür, diese um die Themen Rassismus und institutionelle Gewalt zu erweitern.

Geschlechtergerechte Finanzen, Sprache und Digitalisierung

Der städtische Haushalt ist nicht geschlechtsneutral. Mit Gender Budgeting schaffen wir Transparenz und machen sichtbar, wer von Investitionen, Förderungen und Zuschüssen profitiert. Wir werden daran arbeiten, dass die bisherigen Erkenntnisse aus den Gender Budgeting-Projekten auf den gesamten Haushalt ausgerollt werden.

Eine Stadt der Vielfalt muss diskriminierungsfrei kommunizieren. Daher wird in Dokumenten der Stadt Münster eine Sprache verwendet werden, die nicht nur geschlechtergerecht ist, sondern diskriminierungs- und barrierearm für alle Menschen verständlich ist.

Für uns ist wichtig, dass digitale Kompetenzen geschlechtergerecht vermittelt werden und gerade ältere Frauen und Mädchen davon profitieren. Bei der Entwicklung von digitalen Diensten werden wir darauf achten, dass alle von den Chancen der Digitalisierung profitieren und Hürden abgebaut werden.

Gerechte Repräsentation in der Kommunalpolitik

Gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter an politischen Entscheidungsprozessen ist ein demokratisches Grundrecht. Derzeit sind Frauen im Stadtrat mit nur 37 % unterrepräsentiert, während queere Menschen kaum sichtbar sind. Wir setzen uns für eine vielfältige Repräsentation ein.

Wir werden eine städtische Kampagne initiieren, um Frauen und queere Menschen

156 zum politischen Engagement zu ermutigen. Mit Mentoring, Workshops und
157 Informationsveranstaltungen bauen wir Einstiegshürden ab, schaffen Räume für
158 Austausch und Empowerment und fördern politisches Engagement. Wir stärken die
159 Beteiligung des Gleichstellungsbüros an landesweiten Netzwerken und Kampagnen.

160 Wir fordern die quotierte Besetzung aller städtischer Ausschüsse und Gremien,
161 daher wollen wir hier verbindliche Regelungen etablieren. Das Allgemeine
162 Gleichbehandlungsgesetz & Landesgleichstellungsgesetz bieten dazu die rechtliche
163 Grundlage.